

VORLAGE

an die
Stadtverordnetenversammlung

Eingang		DS.-Nr.	628/ 16- 21
AusIB	ÄR	SozIJA	KSSpA
PBUA	OBR	HuFA	StV

Betreff: **Mobilitätsplan Stadtverwaltung Rüsselsheim am Main**

M-Nr.: **318 / 19**

Der Magistrat leitet der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Vorlage zur Beschlussfassung zu:

Beschlussvorschlag:

A. Kenntnisnahme

1. Die im Mobilitätsplan für die Stadtverwaltung Rüsselsheim am Main enthaltenen Erkenntnisse und Empfehlungen werden zur Kenntnis genommen.

B. Beschluss

2. Der Magistrat wird mit der Prüfung und Vorbereitung der Umsetzung der aufgeführten Maßnahmen beauftragt. Beratungs- und beschlussbedürftige Maßnahmen sind der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.
3. Die Zertifizierung bei der IHK Darmstadt Rhein-Main-Neckar ist durchzuführen.

Begründung:

A. Ziel

Der Mobilitätsplan soll die Stadtverwaltung Rüsselsheim am Main darin unterstützen, ihre Mobilität auf Arbeits- und Dienstwegen umwelt- und klimafreundlich zu gestalten. Neben dem Beitrag zum Klimaschutz wird auch die Gesundheitsvorsorge der Mitarbeiter*innen unterstützt und daneben ein positives Image als attraktive Arbeitgeberin gestärkt.

B. Ausgangslage/Problem

Die Stadtverwaltung Rüsselsheim am Main hat bereits vielfältige Aktivitäten im Themenfeld Mobilität angestoßen. Unter anderem Maßnahmen zur Stärkung des Fahrradverkehrs mit dem Masterplan Green City, der Öffnung der Sophienpassage für den Radverkehr, einem Fahrradstadtplan, der Beteiligung am sog. Opelsteg sowie der Beauftragung einer Radverkehrsbeauftragten.

2019 hat die Stadt wieder am bundesweiten Stadtradeln teilgenommen und sich am Programm des Landes Hessen „Radfahren neu entdecken“ beteiligt. Die Bürger*innen hatten dabei Gelegenheit unterschiedliche E-Bikes und Pedelecs zu testen.

Die Stadt Rüsselsheim am Main ist Klimakommune und hat im Sommer 2019 den Klimanotstand ausgerufen.

Nach wie vor gibt es jedoch Handlungsbedarf. Zur Identifizierung und Entwicklung von Maßnahmen wurden folgende Untersuchungen durchgeführt:

- Standortsteckbriefe Betrieb (betriebliche und verkehrliche Rahmenbedingungen),
- Wohnstandortanalyse (Mobilitätsmöglichkeiten der Beschäftigten),
- Beschäftigtenbefragung (Untersuchung des tatsächlichen Mobilitätsverhaltens).

Aus diesen Analysen gab es folgende Ergebnisse:

- Sehr hohe Nutzung des Pkw sowohl auf den Arbeits- als auch auf den Dienstwegen (70 bzw. 81 %)
- Öffentliche Verkehrsmittel werden wenig genutzt, obwohl die Ausgangsbedingungen gut sind, was auf die Tarifstruktur bzw. das fehlende Jobticket zurückgeht
- Fuß- und Radverkehr haben hohe mögliche Weganteile, da viele Wege kurz sind: 41 % der Beschäftigten wohnen im Nahbereich (< 5 km), 52 % der Dienstgänge sind < 3 km
- Dienstgänge finden für 46 % der Beschäftigten mindestens wöchentlich statt, erfolgen häufig im Nahbereich (52 % < 3 km) und zu 81 % mit dem Pkw
- die größten Potentiale werden für die Arbeitswege in einer verstärkten Nutzung von ÖPNV und Rad, für die Dienstwege von Fuß, Rad und Dienst-Pkw gesehen.

C. Lösungsvorschlag

Auf der Grundlage der Analyseergebnisse sowie der definierten Ziele wurde der Mobilitätsplan erarbeitet, dessen Umsetzung Zug um Zug erfolgen soll.

D. Kosten

Für die Erstellung des vorliegenden Mobilitätsplans für die Stadtverwaltung Rüsselsheim am Main sind keine Kosten entstanden.

Die Kosten der jeweiligen Maßnahmen werden in gesonderten Beschlussvorlagen dargestellt.

E. Weiteres Vorgehen

Der Mobilitätsplan sieht unterschiedliche Maßnahmen vor. Diese sind gegliedert nach Handlungsfeldern (1-6), und jeweils mit dreistufiger Skala bewertet nach dem aktuellen Umsetzungsstand (Status Quo), der Zeit-Perspektive für eine Umsetzung (kurz- bis langfristige Perspektive) und der Umsetzungspriorität (hoch, mittel, gering).

Aus der Erfahrung anderer Mobilitätsmanagement-Prozesse erscheint es ratsam, sich zunächst eine überschaubare Zahl kleinerer, vergleichsweise leicht zu realisierender Maßnahmen aus der Prioritätsstufe 1 vorzunehmen, um Erfolge verbuchen und ggf. weitere Mitstreiter*innen gewinnen zu können. Basierend auf ersten Erfolgen können dann in einem zweiten Schritt und verteilt auf mehr Schultern die größeren Projekte angegangen werden.

Die IHK Darmstadt Rhein-Main-Neckar bietet eine zweistufige Zertifizierung des Prozesses mit dem Prädikat „vorbildlich mobil“ an. Hierzu ist für die Erst-Zertifizierung die Vorlage des erstellten betrieblichen Mobilitätskonzeptes bei der IHK erforderlich sowie ein Beratungsgespräch (mit IHK, ivm) zur gemeinsamen Festlegung von Entwicklungszielen u.a. mit welchen Maßnahmen soll begonnen werden? Das auf dieser Basis ausgestellte Zertifikat ist drei Jahre gültig. Für die Folgezertifizierung wird eine überschaubare Anzahl an Maßnahmen (z.B. 10 Stück) für die Umsetzung binnen drei Jahre festgeschrieben. Konnten 65 % der im Vorfeld definierten Maßnahmen erfolgreich realisiert werden, erhält die Stadt Rüsselsheim die Rezertifizierung. Der Zertifizierungsprozess hilft Verbindlichkeit bezüglich der Maßnahmenumsetzung zu schaffen und erhöht die Außenwahrnehmung für das Engagement der Mitarbeiter*innen verwaltungsintern sowie gegenüber der Bevölkerung. Die Überreichung des Prädikates „vorbildlich mobil“ durch die IHK wird in der Regel für einen Presstetermin genutzt und kann z.B. für Stellenausschreibungen oder für Nachhaltigkeits- und Klimaberichte verwendet werden.

Anlagen

Mobilitätsplan Stadtverwaltung Rüsselsheim am Main, 2019

Rüsselsheim am Main, den 19.11.2019

Udo Bausch
Oberbürgermeister